

# E-Mail-Newsletter

Nr. 167, 11. Juli 2011

ca. monatlich | nächster Redaktionsschluss: 30. August

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN**  
Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
- **3. AKTUELLE TERMINE**  
Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

## **Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte!**

Kurz vor dem Sommerloch und noch kürzer vor unserer **Plenumstagung am 16. Juli in Stuttgart** schicken wir Ihnen nochmal aktuelle Informationen. Wir würden uns freuen, dort viele Menschen zu begrüßen, denn das Programm hat etwas zu bieten: Zunächst einen mit Spannung zu erwartenden Vortrag von Joseph Cassar vom [Jesuiten-Flüchtlingsdienst](#) über die Flüchtlingsarbeit auf Malta, dann Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und schließlich am Nachmittag ein landespolitisches Podium mit hochkarätigen Vertretern der neuen Regierungsparteien SPD und Grüne. [Und hier geht es direkt zu Programm und Anmeldung.](#) Eine interessante Zahl wollen wir Ihnen noch zu Anfang dieses Newsletters zum Nachdenken mitgeben: Aufgrund der politischen Umwälzungen in Nordafrika sind bisher null Flüchtlinge (in Zahlen: 0) in Baden-Württemberg angekommen. Dies hat uns kürzlich der Leiter der Landesaufnahmestelle Karlsruhe auf telefonische Nachfrage bestätigt. Immer wieder wollen Medienvertreter mit solchen Flüchtlingen sprechen. Aber es gibt sie nicht. Dies ist die Zahl zum 60. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention, den wir ja aktuell auch feiern dürfen.

In diesem Sinne wünschen wir eine angeregte Lektüre  
Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **Aktionen in den Landkreisen im Rahmen der Kampagne des Flüchtlingsrats!**

Vor der Wahl und nach der Wahl: "**gemeinsam** für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg." Nach Positionspapieren und Stellungnahmen zur Landtagswahl wird die Jahres-Kampagne derzeit mit zahlreichen Aktionen vor Ort fortgesetzt. Gemeinsam mit lokalen Initiativen wurde bei Infoveranstaltungen, "runden Tischen" und Informationsbesuchen mit Presse und Politikern in Flüchtlingsunterkünften die jeweilige lokale Situation diskutiert und Forderungen aufgestellt. Auch Flüchtlinge beteiligten sich an den Veranstaltungen und stellten Forderungen und Bedürfnisse dar. Auf unserer Kampagnen-Webseite [www.fluechtlingsrat-bw.de/gemeinsamdurchBW.htm](http://www.fluechtlingsrat-bw.de/gemeinsamdurchBW.htm) finden Sie zahlreiche Informationen, Dokumente, Fotos und Medien-Berichte zu den Veranstaltungen der letzten Wochen in Reutlingen, Hardheim (Neckar-Odenwaldkreis), Holzbachtal (Enzkreis), Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Witthoh (Landkreis Tuttlingen), Villingen-Schwenningen. Am 29. Juli folgt noch eine Aktion in Heilbronn - und die Planung für den Herbst läuft bereits. Ziel der Veranstaltungen ist, Verbesserungen für die Flüchtlinge bei Unterbringung, Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht u.a. zu erzielen.

### **Diakonisches Werk zu 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention**

**"I have Mami and Papi hier in Deutschland"** - In Reutlingen helfen Konversationspaten jungen Asylbewerbern sich in der neuen Umgebung zurecht zu finden.

Anlässlich von 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention stellt das Diakonische Werk Württemberg erfolgreiche lokale Initiativen vor. Autorin des Artikels ist Susanne Haag, Asylpfarrerin in Reutlingen. [\[weiterlesen\]](#)

### **"Anliegen von Flüchtlingen ernst nehmen"**

Mit einer ersten Pressemitteilung hat sich die neue baden-württembergische Integrationsministerin Öney (SPD) zu Wort gemeldet. Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni hat sie kundgetan, dass sie sich - anders als ihr Vorgänger - auch mit Flüchtlingspolitik beschäftigen will: *"Als für die Flüchtlingsaufnahme zuständige Ministerin werde ich mich dafür einsetzen, die Lebenssituation dieser Flüchtlinge zu verbessern. Die Anliegen dieser Menschen sind ernst zu nehmen. Gerade im respektvollen Umgang mit Flüchtlingen zeichnet sich eine humane Politik aus. Gemeinsam mit Flüchtlingsverbänden, Kirchen und weiteren Initiativen sowie in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen wollen wir Wege und Strategien entwickeln, um die Unterbringungs- und Versorgungssituation schrittweise zu optimieren."* Das hört sich erstmal gut an, zwar fast wortgleich wie im Koalitionsvertrag, aber es lässt auf gute Taten hoffen. Außerdem will sich Frau Öney für eine neue Bleiberechtsregelung für Geduldete einsetzen.

### **Veröffentlichte Meinungen**

- 09.06.2011, Badische Zeitung: **["Der Platz im Heim wird knapp"](#)** - Bericht über die Situation in der derzeit voll belegten "Gemeinschaftsunterkunft" in Rheinfeldern (Lkr. Lörrach). Roma aus Serbien und Mazedonien werden als das zentrale Problem dargestellt, auch von Mitgliedern des Asyl-Arbeitskreises.

- 14.06.2011, Radio Dreyeckland Freiburg **["Forderungen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg an die grün-rote Landesregierung"](#)** - Interview auf [Radio Dreyeckland Freiburg](#) mit Andreas Linder, Geschäftsleiter des Flüchtlingsrats.

[Link zum Audio-Beitrag \(Anhören oder Download\) www.freie-radios-net \(08:47 min, 8,2 MB\)](#) (Autor: Karl Michael Menzel)

- 20.06.2011, Stuttgarter Zeitung: **["Die Angst will nicht vergehen"](#)** - Aus Anlaß von 60 Jahren Genfer Flüchtlingskonvention portraituren die Journalisten Frank Buchmeier und Robin Szuttor Flüchtlinge in Deutschland. Dieser Artikelschildert das Schicksal einer Frau aus Bosnien-Herzegowina, die immer noch an den Folgen des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien leidet und die auch in der Aufnahmegesellschaft noch nicht angekommen ist. Der letzte von sechs Beiträgen beschäftigt sich am 18. Juli mit dem Menschenrechtszentrum Karlsruhe.

- 21.06.2011, Badische Zeitung: **["Geboren in Deutschland - ausgewiesen ins Kosovo"](#)** - Ausführlicher Artikel über die schwierige Situation vor allem von Jugendlichen die im Rahmen des Rückübernahmeabkommens in das Kosovo abgeschoben wurden.

- 11.07.2011, Tagesschau 14.00 Uhr: [Weltbevölkerungstag](#). SWR-Beitrag anlässlich des Weltbevölkerungstags. Es geht darin auch um den Umgang von Deutschland und EU mit Flüchtlingen. Für den Beitrag wurde auch ein algerischer Flüchtling, der in Tübingen lebt, interviewt.

Wenn in Ihrer Lokalzeitung oder sonstwo ein interessanter Artikel erscheint, den wir vorstellen oder verlinken sollen, dann schicken Sie uns diesen bitte zu (als Link, PDF oder Papierkopie). Wir lesen regelmäßig die Stuttgarter Zeitung, die Südwest Presse (Tübingen) und die Taz, für weitere Abos reichen Geld und Zeit nicht.

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

### **Flüchtlingszahlen in Industrieländern so gering wie nie!**

43,7 Millionen Flüchtlinge gibt es weltweit laut dem UNHCR-Jahresbericht "Global Trends 2010", der am 20. Juni veröffentlicht wurde. Damit bleibt die weltweite Zahl von Flüchtlingen auf unverändert hohem Niveau. Die zentrale Aussage des Berichts lautet allerdings: Vier von fünf Flüchtlingen weltweit leben in Entwicklungsländern. Die Studie zeigt ein großes Ungleichgewicht bei der globalen internationalen Unterstützung für Flüchtlinge und Vertriebene auf. Laut dem UNHCR-Bericht haben viele der ärmsten Länder der Welt eine besonders große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Dies zeigt sich in absoluten Zahlen, aber auch in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung. Die größten Flüchtlingsbevölkerungen der Welt lebten im letzten Jahr in Pakistan (1,9 Mio.), Iran (1,1) und Syrien (1,0). *„In der heutigen Welt existieren Besorgnis erregende Fehleinschätzungen über Flüchtlingsbewegungen und den Grundlagen für ihren*

*internationalen Schutz“, sagte António Guterres, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. „Ängste vor angeblichen Massenbewegungen von Flüchtlingen in die Industrieländer sind massiv übertrieben oder fälschlicherweise mit Fragen der Migration verknüpft. Währenddessen tragen die übrigen ärmeren Länder die Belastungen.“*

- [Pressemeldung UNHCR Deutschland](#)

- [UNHCR-Flüchtlingsbericht 2010](#)

- [SWR International: Hintergrundberichte zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni und zum UNHCR-Report](#)

## **Bundestagsdebatte zu 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention**

Am 7. Juli debattierte der Bundestag anlässlich des runden Jahrestags der GFK über die Flüchtlingspolitik. Diverse Anträge der Linkspartei und der Grünen (Forderung nach neuem "Verantwortungsprinzip" in der EU, Einrichtung einer europäischen Koordinierungstelle zur Aufnahme von Flüchtlingen statt Frontex, Fortentwicklung der GFK, wirksamerer Rechtsschutz im Asylverfahren, einheitlicher Flüchtlingsschutz in der EU, Aufhebung des Rückübernahmeabkommens mit Syrien u.a.m. fanden aber die übliche Ablehnung in Ausschüssen und Parlament. Ausführlich siehe [Pro Asyl](#).

## **Innenministerkonferenz: Aufnahme von Flüchtlingen kein Thema!**

Etwa 31.000 Flüchtlinge haben vor den Unruhen in Nordafrika (v.a. Libyen) in den letzten Monaten die europäischen Küsten erreicht, davon die meisten die italienische Insel Lampedusa. Zuletzt kamen am 9. Juli wieder fast 1.000 Menschen auf Booten. Ca 1.600 Menschen sind in dieser Zeit im Mittelmeer ertrunken. Während UNHCR, Pro Asyl und andere die aktive Aufnahme von Flüchtlingen v.a. aus Libyen forderten, schaute die Politik weg oder ließ Metaphern drohender Überschwemmungen oder "menschlicher Tsunamis" (Berlusconi) über willfähige Medien verbreiten. Auch die deutsche Politik macht gegenüber diesem Thema dicht. Vor allem während der Innenministerkonferenz, bezeichnenderweise gleichzeitig mit dem Weltflüchtlingstag, wurde aktiv ignoriert. Das Thema Einwanderung und Asyl stand zwar auf der Tagesordnung, eine Debatte über eine mögliche Aufnahme von Flüchtlinge gab es aber nicht. Hier statt einem weiteren Lamento über Innenminister ein paar Hinweise auf gute Stellungnahmen und Medienberichte:

- 08.06.2011 - Die Tageszeitung: ["Das Mandat von Frontex ist begrenzt"](#) - Erhellendes Interview mit Klaus Rösler, operativer Einsatzleiter bei FRONTEX.

- 09.06.2011 - Die Tageszeitung: ["Flüchtlinge aus Libyen - eine afrikanische Odyssee."](#) Der Artikel von Dominic Johnson beleuchtet vor allem das Schicksal der in Libyen gestrandeten Flüchtlinge aus dem subsaharischen Raum

- 15.06.2011 - ZDF Frontal 21: ["Europas Geschäfte mit Diktator Gaddafi"](#) In diesem inhaltlich fundierten Beitrag wird die Kumpanei der EU (nicht nur Italiens) mit dem früheren Freund und jetzigen Kriegsgegner Gaddafi analysiert - gerade auch bei der Bekämpfung von Flüchtlingen

- 16.06.2011 - Süddeutsche Zeitung: ["Flüchtlinge direkt holen"](#) In diesem Artikel plädiert der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP) für Flüchtlingsaufnahme: 'Diese Menschen direkt aus Tunesien zu holen, wäre ein gutes Zeichen. ... 500 Millionen Europäer sollten sich nicht von 5000 humanitären Flüchtlingen abschrecken lassen.'

- 20.06.2011 - Die Tageszeitung: ["Kein besseres Leben mit Friedrich"](#) In diesem Artikel wird herausgearbeitet, wie unser Innenminister Friedrich tickt. Während Pro Asyl die Aufnahme von somalischen Flüchtlingen aus libyschen Lagern fordern, will Friedrich die EU-weite Vereinheitlichung des Asylverfahrens bremsen, weil er fürchtet, dass dies zu Verbesserungen führt. Verfolgt will er zwar Schutz gewähren, aber die Flüchtlinge aus Nordafrika sieht er als Wirtschaftsflüchtlinge an. Das Dublin II-System müsse erhalten bleiben usw. Und FRONTEX solle vor der tunesischen Küste Boote am Losfahren hindern - *"um dramatische Folgen zu vermeiden."*

- 22.06.2011 - [Pro Asyl: Auch kein Beschluss ist ein Beschluss](#) - Kritik der Nichtbefassung der IMK mit Flüchtlingsthemen

- [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de) Womit sich die IMK stattdessen (nicht) befasst hat - [Übersicht und Dokumentation der Themen und Beschlüsse](#)

## **Bleiberechtsregelung für Jugendliche in Kraft!**

Im Rahmen des sog. Zwangsheiratsbekämpfungsgesetzes ist nun am 1. Juli der bereits vom Bundestag verabschiedete neue § 25a AufenthG in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz können Jugendliche, die eine Duldung haben und zwischen 15 und 20 Jahren alt sind, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn

- sie seit mindestens 6 Jahren einen rechtmäßigen Aufenthalt nachweisen können (Aufenthaltsgestattung oder Duldung)
  - mindestens 6 Jahre "erfolgreich" eine Schule besucht bzw. einen schulischen Abschluss erworben haben
- Auch die Eltern des Antragstellers/der Antragstellerin können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn
- die Abschiebung nicht aufgrund von falschen Angaben oder Täuschung über Identität oder Staatsangehörigkeit verhindert wird
  - der Lebensunterhalt (durch die Eltern) vollständig selbst gesichert wird.

Die Kritik an diesem Gesetz kurz zusammengefasst. Auch dieses Gesetz schließt einen großen Teil von (jugendlichen) Flüchtlingen von einer möglichen Antragstellung aus, es verlagert den Nachweis der Integrationsleistung von der Lebensunterhaltungssicherung auf den schulischen Erfolg, was noch nicht näher definiert ist, aber nicht weniger problematisch ist. Und nötigt die Eltern zur vollständigen Lebensunterhaltssicherung, wenn nicht eine Familientrennung durch Abschiebung riskiert werden soll. Die Praxis wird zeigen, wer durch die Regelung eine Chance erhält. Betroffene sollten sich auf jeden Fall an sachkundige Beratungsstellen oder Anwälte wenden.

Weitere Informationen:

- 01.07. 2011 [Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz vom 1. Juli 2011](#) (Quelle: Bundesgesetzblatt)
- Apr. 2011 Eckeberg, Dietrich (Referent für Flüchtlingsarbeit bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe): [Bleiberecht endlich stichtagsfrei. Eine subjektive Bilanz - Ermutigung zu Beharrlichkeit.](#)  
„Projekt alpha OWL - Arbeit für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“
- 30.06.2011 Diak. Werk Baden u.a.: [Informationen zum § 25a AufenthG](#)
- [2010 Positionspapier von Pro Asyl: Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung](#)

## **"Bildungspaket" auch für Flüchtlingskinder**

Wie aus einer Pressemitteilung von Katja Kipping (sozialpolitische Sprecherin der LINKEN) vom 9. Juni hervorgeht, können auch Kinder von Asylsuchenden und Geduldeten Fördermittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II beanspruchen. Dies habe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schriftlich bestätigt. Beratungsstellen und Unterstützer/innen sollten den Berechtigten nun dabei helfen, die Ansprüche bei den Sozialämtern bzw. Jobcentern zu beantragen. Laut einem [Taz-Artikel vom 7. Juni](#) wird das Bildungspaket bislang in einigen Bundesländern nicht gewährt. Unabhängig von der Teilhabe am "Bildungspaket" bleibt für die Flüchtlinge aber die Aufhebung der Ungleichbehandlung und Mangelversorgung durch das Asylbewerberleistungsgesetz zentral. Eine verfassungsgemäße grundlegende Reform des AsylbLG (oder gar eine Aufhebung zugunsten der Angleichung der Ansprüche) wird von der Bundesregierung derzeit auf die lange Bank geschoben.

## **Denunzierungspflicht gegenüber Illegalisierten teilweise aufgehoben**

Im Rahmen der Umsetzung des [2. EU-Richtlinienumsetzungsgesetzes](#) (BT-Drs. 17/5470) wurde die bereits im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte teilweise Aufhebung der Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen in Kraft gesetzt. Der § 87 AufenthG wird entsprechend geändert. So müssen ab jetzt "Schulen sowie Bildungs- und Erziehungs- einrichtungen" Kinder von Eltern ohne regulären Aufenthaltsstatus nicht mehr bei der Ausländerbehörde melden. Nicht ausgenommen werden sollen hingegen Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen, Arbeitsgerichte, Ausländer- und Integrationsbeauftragte der Länder usw. Die SPD hatte in der Anhörung zum Gesetzentwurf gefordert, die Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen auf Polizei und Strafverfolgungseinrichtungen zu beschränken, womit die Übermittlungspflicht für alle anderen Stellen entfallen wäre.

## Neue Dokumente und Materialien

- Fanny Dethloff und Verena Mittermaier (2011) (Hg.): [Kirchenasyl. Eine heilsame Bewegung: Von Loeper Literaturverlag](#), Karlsruhe, 250 Seiten, 19,90€. Mit Beiträgen von Ute Gniewoß, Stefan Keßler, Fulbert Steffensky, u.v.a.
- Materialien zur Interkulturellen Woche 2011: Materialhefte, Plakate, Postkarten etc. können bezogen werden über [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de) oder per Post beim Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, Postfach 160646, 60069 Frankfurt a.M.
- Till Müller-Heidelberg et al. (2011): Grundrechtebericht. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Fischer: Hamburg.
- Pro Asyl (2011): [Mauern verletzen Flüchtlingsrechte. Tag des Flüchtlings 2011](#), 50 Seiten.
- Und hier noch der Link zum aktuellen [Pro Asyl Newsletter Nr.171](#) (Juni 2011)

## 3. AKTUELLE TERMINE

**gemeinsam** für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg - Aktionen in den Landkreisen. [Zu den ausführlichen Berichten über diese Aktionen](#)

In Planung befindliche Veranstaltungen:

**Fr, 29. Juli:** Heilbronn - Schluß mit Esspaketen und Lager im Industriegebiet

*Di. 12. bis So. 17. Juli | Stuttgarter Marktplatz*

**Sommerfestival der Kulturen** - [zu Programm und Informationen](#)

voraussichtlich auch mit einem Infostand des Flüchtlingsrats

*Di. 12. und Do 20. Juli | Friedrichshafen | Bleiben mit Arbeit - Vernetzte Hilfen am Bodensee*

**Fortbildung "Aufenthaltsrecht und Sozialrecht für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge**

mit Volker Maria Hügel und Claudius Voigt von der [GGUA](#) - [zu Programm und Informationen](#)

Veranstalter: Berufliches Fortbildungszentrum der Bayer. Wirtschaft (bfz) gGmbH, Müllerstraße 14, 88045

Friedrichshafen:

In Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

**Samstag, 16. Juli 2011** | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

**Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg**

Inhaltlicher Schwerpunkt: Der Wechsel beginnt: Neue Landesregierung - neue Politik für Flüchtlinge

**Freitag, 9. September bis Sonntag 11. September 2011** | Bad Boll, Evangelische Akademie | 9.30 - 17.00 Uhr

Tagung **"Untrügliche Zeichen der Veränderung - Chancen für eine neue Flüchtlingspolitik"**

Flüchtlinge werden in Deutschland noch immer ausgegrenzt und diskriminiert. Die medizinische Versorgung ist ebenso unzureichend wie die Unterbringung, Flüchtlinge haben keinen oder einen erheblich erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung. Eine humanere Flüchtlingspolitik ist notwendig - was trägt die neu gewählte Landesregierung von Baden-Württemberg dazu bei?

**Hinweis an Flüchtlinge und deren Unterstützer/innen:** Bei dieser Tagung ist durch einen Zuschuss von Pro Asyl die Teilnahme von bis zu zehn Flüchtlingen zu vergünstigten Konditionen möglich. Es muss lediglich eine Eigenbeteiligung von 25 Euro geleistet werden. Interessierte sollen sich in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats melden.

Veranstalter: [Evangelische Akademie Bad Boll](#) in Kooperation mit Ev. Akademie Baden, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und Stiftung Pro Asyl

**Samstag, 26. November 2011** | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

## Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Inhaltlicher Schwerpunkt: Neue Bleiberechts-Regelung / Projekte zur arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen / Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim

### Überregionale Termine

*Samstag, 23. Juli 2011, 19.30 Uhr | München, Spielhalle der Kammerspiele, Falckenbergstr. 2*

**Jubiläumsfest anl. 25 Jahre Bayerischer Flüchtlingsrat** mit Microfone Mafia (Köln) und Irie Revoltés (Heidelberg) und Ensemble der Münchner Kammerspiele

*Samstag, 3. September 2011, 14.00 Uhr | Frankfurt a.M.*

### Verleihung des Menschenrechtspreises 2011 der Stiftung Pro Asyl

Pro Asyl verleiht den Menschenrechtspreis 2011 an Julia Kümmel, Abschiebungsgegnerin und erfolgreiche Klägerin vor dem Bundesverfassungsgericht zur Versammlungsfreiheit an Flughäfen.

*Freitag, 17. bis Sonntag 19. Oktober 2011 | Karlsruhe, Jubez,*

**Fachtagung** "Fachkräfte im Fokus: Spannungsfelder und Perspektiven im professionellen Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen". Mehr Informationen: [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)

*Freitag, 18. bis Sonntag 20. November 2011 | Würzburg, Akademie Frankenwarte*

**Tagung "Aktuelle Formen des Rassismus"** [Mehr Informationen](#)

### Impressum

#### FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

**Redaktion:** Andreas Linder, Angelika von Loeper

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



UNO-Flüchtlingshilfe



### Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930